

presse

AG Arbeit und Soziales

Bundesregierung hat kein Konzept bei ALG II

*Zur aktuellen Debatte rund um die künftige Ausgestaltung des ALG-II-Systems erklären die arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion **Anette Kramme** und die zuständige Be-richterstatterin **Gabriele Hiller-Ohm**:*

Es ist beschämend, dass die Bundesregierung noch immer kein Ge-samtkonzept für die Neugestaltung des ALG-II-Systems hat und statt-dessen die Debatte mit unausgegorenen Bruchteillösungen führt. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts liegt bereits ein halbes Jahr zu-rück. Die geforderte Neuregelung muss ab 1. Januar 2011 gelten. Die Regierung jedoch zaudert bis zur letzten Minute. Alle wesentlichen Fra-gen sind noch immer unbeantwortet. Stattdessen gibt es Stellvertreter-debatten um die technische Umsetzbarkeit von irgendwelchen Chip-Lösungen.

Der Vorschlag von der Leyens, mit sogenannten Familienlotsen unter-stützend einzugreifen, mag für sich sinnvoll sein. Nicht sinnvoll ist es je-doch, diese bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) anzusiedeln. Die BA darf und soll nicht zum Bundesjugendamt werden.

Dafür gibt es zum einen keine Kompetenzen bei der BA, da dort Ar-beitsvermittlung praktiziert wird, keine sozialpädagogische Betreuung. Außerdem bleibt unklar, ob die BA dafür zusätzliche Stellen bewilligt be-kommt. Nach der zähen Debatte mit der FDP um die Entfristung von 3.200 befristeten Stellen im Rahmen der JobCenter-Reform sind hier durchaus Zweifel angebracht.

Sinnvoller ist es, nicht bei der Arbeitsvermittlung, sondern bei den Ju-gendämtern und der Schule anzusetzen. Schulische und erzieherische Probleme gibt es schließlich nicht nur in Familien im SGB-II-Bezug, son-dern auch in anderen.

Auch die bisherigen Finanzansätze für die Reform sind lächerlich. Die bisher im Etat eingestellten 480 Millionen Euro sind völlig unzureichend, zumal im Gegenzug auch noch das Elterngeld für ALG-II-Empfänger eingespart wird.

Die Regierung behauptet, sie wolle Kinder schulisch fördern, spart aber gleichzeitig bei der Bildung für junge Erwachsene, indem sie Eingliederungstitel um 1,3 Milliarden Euro kürzt. Das ist Politik nach dem Motto linke Tasche - rechte Tasche.

Diese Kürzung bedeutet ganz konkret weniger Chancen für rund 200.000 Menschen. Statt der bisher 780.000 möglichen Teilnehmer an Maßnahmen des Arbeitsamts könnte die BA mit den verringerten Mitteln nur noch maximal 590.000 Plätze für unterstützende Maßnahmen gewähren.